

Die Türkei im Nahen Osten: Neujustierung der türkischen Außenpolitik

Hürcan Asli Aksoy¹

Ankara hat sich im vergangenen Jahrzehnt außen- und regionalpolitisch immer mehr mit seinen arabischen Nachbarstaaten arrangiert. Nach den Umbrüchen in der arabischen Welt dürfte das politische Gewicht der Türkei einen Zuwachs erfahren. Hürcan Asli Aksoy beschreibt zunächst die Grundzüge der türkischen Sicherheits- und Außenpolitik sowie den außenpolitischen Kurswechsel im vergangenen Jahrzehnt. Die Annäherung an die muslimischen Länder und die Suche nach neuen Partnerschaften außerhalb der traditionellen westlichen Allianz weisen seit den 1990er Jahren auf eine Neujustierung der türkischen Außenpolitik hin. Die intensiven wirtschaftlichen Beziehungen mit den arabischen Staaten dürften in den nächsten Jahren noch zunehmen. Für die Reformer und neuen politischen Akteure in der arabischen Welt hat die Türkei zudem einen Modellcharakter. Trotz ungeklärter innenpolitischer Probleme zeigt gerade das „türkische Modell“, dass ein Staat sowohl muslimisch als auch demokratisch und modern sein kann. In den arabischen Metropolen macht es Eindruck, dass die Türkei als muslimischer Staat ökonomisch und politisch derart erfolgreich ist. Zugleich werden – auch in europäischer und internationaler Sicht – Erwartungen laut, dass die Türkei im geopolitischen Gefüge der Region zukünftig eine stabilisierende und ausgleichende Rolle einnehmen wird. |

Der regionalpolitische Aufstieg der Türkei

Im letzten Jahrzehnt wuchs das politische Gewicht der Türkei in den internationalen Beziehungen bemerkenswert. Dank ihres ungebremsten wirtschaftlichen Wachstums, des umfassenden innenpolitischen Reformprozesses und der Neuorientierung der türkischen Außenpolitik unter der Führung der islamisch-konservativen und wirtschaftsliberalen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) ist die Türkei in der nahöstlichen Regionalpolitik ein wichtiger Akteur. Seit den 1990er Jahren vollzog die türkische Außenpolitik, die bis dahin vornehmlich an westliche Interessen gebunden war, einen beachtlichen Wandel. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Nach dem Ende des Kalten Krie-

ges musste sich die Türkei an systemische und strukturelle Änderungen in den internationalen Beziehungen anpassen. In der Außen- und Sicherheitspolitik versuchte Ankara nunmehr, international und regional eine wichtige Rolle zu übernehmen und sich aktiv für die Stabilität in der eigenen Region zu engagieren. Gleichzeitig machte das politische System einen tief greifenden internen Strukturwandel durch, der mit einer Veränderung der innenpolitischen Kräfteverhältnisse und einer Pluralisierung der politischen Akteure im Land einherging. Diese innenpolitischen Dynamiken beeinflussten die Neuausrichtung der Außenpolitik.

Im Rahmen des außenpolitischen Kurswechsels verbesserte Ankara zunächst die Beziehungen zu Ländern wie Russland, Griechenland, Iran, Libyen, Syrien und Irak, die in der türkischen Außenpolitik vormals als „Bedrohung“ wahrgenommen wurden. Die bilateralen Abkommen im regionalen Umfeld und die Suche nach friedlichen Konfliktlösungen – als Vermittler im Nahostkonflikt oder im Streit um das iranische Atomprogramm – versetzen die Türkei in die Position eines „Schlüsselstaats“, welcher wegen seiner geostrategischen Lage und kulturellen Bindung an die nahöstliche Region durchaus über das Potenzial einer Führungsmacht verfügt (vgl. Öztürk 2009; Keyman 2009, 2010). Die Annäherung an die muslimischen Länder und die Suche nach neuen Partnerschaften außerhalb der traditionellen westlichen Allianz weisen auf eine Neujustierung der türkischen Außenpolitik hin. Wie kam es dazu, dass sich das verlässliche NATO-Mitglied Türkei dem antiamerikanischen und antiisraelischen Iran oder Syrien annäherte? Warum sind die Beziehungen zum langjährigen Verbündeten Israel erschüttert? Welche Rolle spielen die Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union (EU) bei diesem Wandel?

Außenpolitisches Verhalten von Staaten wird in der Forschung anhand unterschiedlicher Erklärungsfaktoren analysiert. Dementsprechend werden entweder exogene oder endogene Faktoren in die Analyse einbezogen (vgl. Öztürk 2009). Unter exogenen Faktoren werden Veränderungen im außenpolitischen Umfeld eines Staates oder in

der internationalen Machtkonstellation verstanden, dahingegen werden unter endogenen Faktoren die Transformation des innenpolitischen Kontexts sowie sich verändernde Machtverhältnisse subsumiert (Boettcher 2011, S. 6). Wissenschaftler sind sich dennoch uneinig, warum es zu einem Wandel in der Außenpolitik kommt und über welche Analyseebenen² dieser erklärt werden kann. Es ist zunächst festzuhalten, dass das veränderte außenpolitische Verhalten der Türkei sowohl auf externe als auch auf interne Anreize zurückzuführen ist. Im Folgenden wird versucht, den außenpolitischen Wandel in der Türkei



mit Blick auf innenpolitische Prozesse zu verstehen.

Grundzüge der türkischen Außenpolitik

Die Gestaltung der türkischen Außenpolitik war seit der Staatsgründung 1923 stark vom Prinzip der „Einheitlichkeit des türkischen Staats und der Nation“ (d. h. dem Grundsatz der Unteilbarkeit des Staatsgebietes) beeinflusst. Das von Staatsgründer Mustafa Kemal (Atatürk) verfochtene Prinzip basierte auf der Angst vor einer Teilung des Landes aufgrund des Vertrags von Sèvres³. Deshalb musste der neu entstandene türkische Staat seine Grenzen gegen externe (europäische Mächte) und interne Bedrohungen⁴ (Autonomiebestrebungen und Separatismus) schützen. Diese Angst wird in der Literatur auch als „Sèvres Syndrom“ bezeichnet (vgl. Kirişçi 2006; Taşpınar 2008; Hale 2010) und prägte grundsätzlich die Entwick-

lung der türkischen Politik und die einzelnen Politikfelder. Dementsprechend bildete sich die türkische Außenpolitik unter der Führung der kemalistischen Gründungseliten als sicherheitsfixiert heraus. Die Türkei verhielt sich bis in die 1950er Jahre neutral, ohne in Konflikte mit seiner regionalen Nachbarschaft zu geraten.

Mit Ende des Zweiten Weltkriegs entstand ein bipolares Mächtesystem zwischen dem kapitalistischen Westen und dem kommunistischen Ostblock, in dem sich die Türkei klar positionieren musste. Im Ost-West-Konflikt schloss sich die offizielle Staatsideologie, der Kemalismus, der westlichen Allianz an (vgl. Taşpınar 2008, S. 2) und gab die neutrale Haltung in dieser neuen machtpolitischen Ordnung auf. Folgerichtig trat die Türkei 1952 in die Nordatlantische Verteidigungsallianz (NATO) und 1961 in die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ein. Im Spannungsfeld des Kalten Krieges musste sich die türkische Au-

DIE TÜRKEI IM NAHEN OSTEN: NEUJUSTIERUNG DER TÜRKISCHEN AUßENPOLITIK

ßenpolitik ausschließlich westlichen Interessen und Strategien anpassen (Altunışık 2008). Diese an westliche Interessen gebundene türkische Außenpolitik enttäuschte die arabischen Nachbarstaaten. Die Türkei war eines der ersten Länder, das den israelischen Staat anerkannte. Im Algerienkrieg unterstützte die Türkei Frankreich. Die anti-arabische Haltung der damaligen Außenpolitik isolierte die Türkei in ihrer eigenen Region. Die Türkei galt in diesen Jahren als Macht, die den Status quo im Mittleren und Nahen Osten garantierte. Dank ihrer geopolitischen Lage sicherte sich die Türkei ihre Stellung im westlichen Block (vgl. Kirişçi 2006, S. 11). Der ordnungspolitische Konflikt des Kalten Krieges prägte die sicherheitsfixierte und eindimensionale türkische Außenpolitik.



Eine Statue von Atatürk mit der türkischen Flagge im Hintergrund. Atatürk verfocht das Prinzip der „Einheitlichkeit des türkischen Staates und der Nation“ (d. h. den Grundsatz der Unteilbarkeit des Staatsgebietes). Der 1923 neu entstandene türkische Staat wollte seine Grenzen gegen externe Bedrohungen und separatistische Bestrebungen im Innern sichern. Daher war die türkische Außenpolitik unter Führung der kemalistischen Eliten von einer sicherheitsfixierten Strategie geprägt.

picture alliance/dpa

Der sicherheitspolitische Fokus in den 1990er Jahren

Die außenpolitische Stellung der Türkei wurde bis in die 1990er Jahre stark von den westlichen Präferenzen geprägt und entwickelte sich im Kontext des Ost-West-Konflikts. Der Zusammenbruch des Ostblocks veränderte das regionalpolitische Umfeld, in welchem die Türkei ihre außen- und sicherheitspolitischen Strategien umsetzte (vgl. Keyman 2009, S. 4). Ankara entwickelte zunächst bilaterale Beziehungen mit Israel. Die militärische und rüstungspolitische Kooperation mit Israel brachte die beiden Länder in der konfliktreichen regionalen Ordnung einander näher (vgl. Kirişçi 2006, S. 13). Die amerikanisch-israelisch-türkische Allianz wurde jedoch im Nahen Osten nicht begrüßt und verschlechterte infolgedessen die Beziehungen mit den arabischen Ländern. Zugleich wandte sich die Türkei auch ihren mittelbaren Nachbarn zu. Der damalige Präsident Turgut Özal nahm diplomatische Beziehungen mit den exsowjetischen Turkstaaten⁵ in Zentralasien auf. Die Türkei beabsichtigte, die ethnisch und religiös verwandten Turkrepubliken durch wirtschaftliche Kooperationen an sich zu binden (Boettcher 2011, S. 15). Zudem verfügte diese Region Anfang der 1990er Jahre über ein bedeutendes handelspolitisches Potenzial für die exportorientierte türkische Wirtschaft (vgl. Öztürk 2009, S. 26). Allerdings scheiterten die Bemühungen Ankaras im zentralasiatischen Raum, da der mächtige Nachbarstaat Russland mehr Einfluss auf diese Länder hatte, zumal sie infrastrukturell, politisch und nicht zuletzt auch wegen des gemeinsamen sowjetischen Erbes an Russland gebunden waren. Außerdem setzte Özal die Beziehungen der Türkei mit Europa fort und beantragte im Jahr 1987 die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, die aber 1989 abgelehnt wurde. Özal versuchte mit dieser außenpolitischen Öffnung, die Position der Türkei in der veränderten geopolitischen Ordnung zu sichern und eine aktivere Rolle in den internationalen Beziehungen zu übernehmen. In den 1990er Jahren sah sich die Türkei jedoch mit gravierenden innenpolitischen und ökonomischen Problemen konfrontiert, die einen EU-Kandidatenstatus unmöglich machten.

Zudem initiierte die Türkei mit der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation (Black Sea Economic Cooperation, BSEC) eine multilaterale politische und wirtschaftliche Kooperation mit den Anrainerstaaten, welche die Stabilität und Prosperität in dieser Region fördern sowie den ökonomischen Austausch und friedliche Beziehungen zwischen den

Mitgliedstaaten ermöglichen sollte (vgl. Hale 2010, S. 2). Diese regionale Zusammenarbeit war aber nicht erfolgreich, da es viele tief liegende bilaterale und ethnische Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten gab und es der Organisation insgesamt an politischen Kompetenzen mangelte (vgl. Larrabee/Leser 2003, S. 121).

Innenpolitische Konflikte in den 1990er Jahren

Die außenpolitische Öffnung der Türkei wurde nicht nur aufgrund des Strukturwandels der internationalen Politik, sondern auch durch den innenpolitischen Wandel möglich (Kirişçi 2006; Taşpınar 2008). Seit den 1990er Jahren erfuhr die Türkei eine enorme sozioökonomische Transformation (vgl. Özbudun 2000; Altunışık 2008), die neben der Demokratisierung des politischen Systems und der Liberalisierung der Wirtschaft neue Antagonismen in Gesellschaft und Politik hervorbrachte: die kurdische Frage und der Aufstieg des politischen Islam (vgl. Poulton 1999; Barkey 2000). Das kemalistische Establishment (die militärische und bürokratische Elite) betrachtete die innenpolitischen Konfliktlinien als Gefahr für die nationale Integrität und das säkulare Regime. Daher versuchte der türkische Staat, diese Konflikte mit repressiven politischen bzw. militärischen Mitteln zu beseitigen. In den 1990er Jahren wurde der Aufstieg des politischen Islam vom Militär streng beobachtet (vgl. Heper/Güney 2000). Die islamistisch orientierte Regierung unter Necmettin Erbakan (1996–1997) musste im Februar 1997 wegen des vom Nationalen Sicherheitsrat⁶ ausgeübten Drucks zurücktreten (vgl. Barkey 2000, S. 103). Die Armee konnte die damalige politische Entwicklung durch den Nationalen Sicherheitsrat direkt beeinflussen und mit konkreten politischen Maßnahmen die von Erbakans Wohlfahrtspartei angestrebte Islamisierung des Landes unterdrücken. Gleichzeitig versuchte das Militär in den 1990er Jahren die gewalttätigen Aufstände der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) niederzuschlagen (vgl. Hale 2010). Die PKK strebte die Gründung eines autonomen Kurdenstaats an, welcher nach Auffassung der nationalistischen Elite die Einheit der Türkei gefährdete. Weder die Auseinandersetzungen zwischen den islamistischen und kemalistischen Kräften, noch der militärische Kampf gegen die PKK liefen auf eine friedliche Lösung oder einen Kompromiss hinaus. Die 1990er Jahre waren insgesamt durch Repressionen gegenüber diesen oppositionellen Gruppen gekennzeichnet.

Diese innenpolitischen Entwicklungen hatten unmittelbare negative Auswirkungen auf die außenpolitische Politikgestaltung der Türkei. In diesen Jahren wurden einige Nachbarstaaten im Zusammenhang mit den internen Konflikten als Feinde definiert. Ankara zählte Syrien und den Irak zu den logistischen Unterstützern der kurdischen PKK und warf dem Iran die Unterstützung der islamistischen Propaganda innerhalb der Türkei vor (vgl. Taşpınar 2008). Es wurden Vorwürfe erhoben, dass der syrische Staat den militärischen Aktivismus der Kurden toleriere; dementsprechend wurde ein militärischer Einsatz angedroht. Die israelisch-amerikanisch-türkische Allianz war ein weiterer Grund, warum die Beziehungen mit Syrien, Irak und dem Iran angespannt waren. Die Beziehungen zur arabischen Welt wurden insgesamt durch die Feindseligkeiten und Enttäuschungen beider Seiten definiert.

Für die türkische Außenpolitik der 1990er Jahre lässt sich feststellen, dass sie weiterhin sicherheitsfixiert, aber nicht eindimensional war. Die Türkei öffnete sich gegenüber den zentralasiatischen und Kaukasusländern und versuchte, die wirtschaftliche und energiepolitische Zusammenarbeit zu fördern, was aber letztlich wegen der starken Präsenz Russlands scheiterte (vgl. Boettcher 2011). Die Beziehungen zu den direkten Nachbarstaaten waren angespannt, weshalb das Land in der nahöstlichen Region als „Außenseiter“ isoliert wurde (vgl. Öztürk 2009, S. 3). Ankara blieb in diesen Jahren ein verlässlicher Verbündeter des Westens.

Neujustierung der türkischen Außenpolitik unter der AKP

Der innenpolitische Wandel im Zuge der ökonomischen Transformation in der Türkei sowie der internationale Paradigmenwechsel nach dem Ende des Kalten Krieges führten zur Neuausrichtung der türkischen Außenpolitik. Diesem Wandel entsprechend steuerte die AKP-Regierung unter Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan von einer passiven, sicherheitsfixierten und eindimensionalen Außenpolitik hin zu einer proaktiven und multidimensionalen Außenpolitik (vgl. Öztürk 2009; Keyman 2009; Kramer 2010 a; Sözen 2011; Bank 2011).

Der innenpolitische Wandel

Das neue Jahrtausend begann für die Türkei mit guten Aussichten. Der Europäische Rat von Helsinki (1999) ernannte die Türkei zum offiziellen Beitrittskandidaten. Ankara musste zunächst die politischen und wirtschaftlichen Kriterien

für die Mitgliedschaft in der EU erfüllen, die sogenannten Kopenhagener Kriterien⁷. Im Zuge des EU-Anpassungsprozesses kam es zu umfassenden Gesetzesänderungen und Reformen im politischen System der Türkei, die zwangsläufig die innenpolitische Transformation beschleunigten (vgl. Müftüler-Baç 2005; Keyman 2010). Die demokratisierenden Reformen bauten stufenweise die autoritären Elemente der vom Militär verabschiedeten Verfassung aus dem Jahr 1982 ab und öffneten das politische System für oppositionelle Akteure wie etwa die islamischen und kurdischen Kräfte. Im Dezember 2002 übernahm die islamisch-konservative AKP die Macht des laizistisch geprägten Staates und setzte den EU-Reformprozess fort. Zwischen 2002 und 2005 wurden erhebliche Gesetzesänderungen an der Verfassung von 1982 vorgenommen⁸. Die bürgerlichen und politischen Rechte wurden dabei breiter ausgelegt und die Befugnisse der autoritären kemalistischen Elite institutionell abgebaut⁹ (Müftüler-Baç 2005; Kalaycıoğlu 2005). Die Machtübernahme der islamisch-konservativen AKP erschütterte die gesamten politischen Verhältnisse in der Türkei. Die kemalistische Elite, vor allem das Militär, war wegen ihrer eingeschränkten Befugnisse nicht mehr im Stande, das politische System zu kontrollieren.

Zudem erlebte die Türkei unter der AKP-Regierung einen beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwung. Die Regierung praktizierte eine erfolgreiche Finanz- und Handelspolitik (vgl. Öniş 2009). Trotz der internationalen Wirtschaftskrise 2008/2009 wuchs die türkische Wirtschaft laut OECD um 8,5 Prozent im dritten Quartal des Jahres 2011 (im Vergleich zum gleichen Quartal des vergangenen Jahres). Im Zuge dessen öffnete die AKP die Türkei für ausländische Investitionen, förderte den infrastrukturellen und industriellen Ausbau des Landes und verbesserte die Möglichkeiten türkischer Unternehmer auf ausländischen Märkten (vgl. Öniş/Bayram 2008; Öztürk 2009). Die nach der Krise im Jahr 2001 verabschiedeten wirtschaftlichen Reformen und spätere ökonomische Anreize ermöglichten einen Aufschwung der anatolischen Unternehmen, welche größtenteils aus klein- und mittelständischen Betrieben bestehen und religiös-konservative Werte vertreten (vgl. Öztürk 2009). Diese islamische Wirtschaftsbourgeoisie unterstützte den politischen Aufstieg der AKP und forderte die Vertretung ihrer ökonomischen Interessen auf nationalen und internationalen Märkten ein (vgl. Öniş 2009). Diese neuen Wirtschaftsakteure suchten nach neuen Handelsmärkten außerhalb Europas.

Ankara wandte sich an neue Partner und verstärkte zunächst seine Beziehungen zur islamischen Welt (vgl. Altunışık 2008; Taşpınar 2008; Bank 2011; Habibi/Walker 2011). Die wachsende Energienachfrage und der zunehmende Handel führten zur Intensivierung der türkischen Beziehungen zu den öl- und gasreichen Ländern (vgl. Öztürk 2009, S. 11).

Die Hinwendung zur islamischen Welt löste wiederum eine Spannung zwischen der alten kemalistischen Elite und der neuen AKP-Elite aus. Der kemalistische Vorwurf, dass die AKP das Land

DIE TÜRKEI IM NAHEN OSTEN: NEUJUSTIERUNG DER TÜRKISCHEN AUSSENPOLITIK

durch innen- und außenpolitischen Aktivitäten islamisierte, wurde auch im internationalen Kontext aufgegriffen. Die westlichen Regierungen, Politiker und Medien im In- und Ausland charakterisierten die Neuorientierung der türkischen Außenpolitik als „Neo-Osmanismus“ (vgl. Taşpınar 2008; Kramer 2010 a; Bank 2011). Dieser zumeist negativ besetzte Begriff bezieht sich auf die Is-



Nach den Umbrüchen reiste Recep Tayyip Erdoğan nach Ägypten, bewarb das laizistische und demokratische System, die blühende Wirtschaft und die religiös-kulturelle Authentizität des „türkischen Modells“. Er unterstrich in öffentlichen Auftritten – hier im September 2011 – die Bedeutung des Säkularismus im zukünftigen Staatsaufbau.

picture alliance/dpa

lamisierung der Innenpolitik, gekoppelt mit einer gleichzeitigen expansiven Außenpolitik im ehemaligen Einflussraum des Osmanischen Reiches (vgl. Boettcher 2011, S. 6). Allerdings ist dies ein vager Begriff. Er wurde schon in den 1990er Jahren von türkischen Experten für die Neuorientierung der Außenpolitik nach dem Kalten Krieg und dem Pragmatismus unter Ministerpräsident Özal angewendet, wies aber nicht auf Religiosität, sondern auf die historischen Gemeinsamkeiten mit der islamischen Welt hin (ebd.). Wegen der bereits erwähnten ökonomischen und energiepolitischen Interessen änderte Ankara seine sicherheitsfixierte Außenpolitik in Richtung auf eine proaktive und diplomatische Außenpolitik (vgl. Keyman 2009; Öztürk 2009; Sözen 2010; Bank 2011).

Proaktive und multidimensionale Außenpolitik

Die aktuelle Außenpolitik unter der AKP-Regierung basiert vor allem auf dem Konzept der „Strategischen Tiefe“, das vom amtierenden Außenminister Ahmet Davutoğlu proklamiert wird (vgl. Öztürk 2009; Kramer 2010a). Gemäß diesem Konzept soll sich die Türkei als ein zentraler Staat zwischen Europa, dem Nahen Osten und dem Kaukasus sowie Zentralasien positionieren und durch die Doktrin einer „Null-Probleme-Politik“ mit den Nachbarn sowie durch „Soft-Power-Diplomatie“¹⁰ regionale Stabilität erzeugen (vgl. Altunışık 2008; Keyman 2009; Sözen 2010; Kramer 2010a). Dementsprechend solle sich die türkische Außenpolitik „proaktiv verhalten“ und ihre geostrategische Relevanz in einer globalisierten Weltordnung steigern (vgl. International Crisis Group 2010, S. 5). Davutoğlu erklärte in einem Interview: „Die türkische Außenpolitik erzielt in erster Linie Stabilität, da das Land sicherheitspolitische Interessen in und historische Verbindungen zur eigenen Region hat“ (a. a. O.). Demzufolge nahm Ankara eine stabilisierende und vermittelnde Rolle in der Region ein und suchte dabei nach neuen Einflussphären innerhalb der ehemaligen Grenzen des Osmanischen Reichs sowie nach möglichen Verbündeten jenseits der westlichen Welt (vgl. Akçakoca 2009; Keyman 2009; Bank 2011). Der praktizierte Neo-Osmanismus verschaffte der Türkei Respekt im arabischen Raum von Syrien bis zum Irak, und entspannte auch die lange belasteten Beziehungen zu Nachbarstaaten wie Griechenland, Armenien, Iran sowie zu Russland. Im Rahmen der „Null-Probleme-Politik“ versuchte die Türkei, grenzübergreifende Konflikte – z. B. die terroristischen Attacken der PKK – mit Iran, Syrien und dem

Irak auf einer diplomatischen Ebene zu lösen (vgl. International Crisis Group 2010). Wegen der positiven Rezeption im regionalpolitischen Umfeld und der internationalen Anerkennung gewann die Türkei das Potenzial, zu einer Führungsmacht in der Region aufzusteigen, obwohl die AKP-Regierung dies nicht offen anstrebte (vgl. Altunışık 2011; Boettcher 2011).

Zudem stellte der EU-Beitritt ein wichtiges Ziel der türkischen Außenpolitik dar. Die Europaorientierung des türkischen Staates ist ein langer und historisch bedingter Prozess, der bereits in den Gründungsjahren von den Führungseliten für die politische, soziale und kulturelle Entwicklung des Landes anvisiert wurde. Die Anbindung an den Westen ist eine historisch bedingte Konstante in der türkischen Staatstradition. Im Rahmen des EU-Annäherungsprozesses seit 1999 kam es zu einer tief greifenden Transformation der politischen und gesellschaftlichen Strukturen: das politische System der Türkei bewegte sich von einer defekten Demokratie¹¹ hin zu einer sich konsolidierenden Demokratie¹². Zwar setzte die AKP-Regierung keine freiheitlich-liberale Demokratie im europäischen Sinne um, bemühte sich aber intensiv um einen Kandidatenstatus, vor allem zu Beginn ihrer Regierungszeit.

Dennoch wurden die Beitrittsverhandlungen in den letzten Jahren auf Eis gelegt, was nicht nur auf die Unwilligkeit der selbstsicheren und außenpolitisch unabhängig gewordenen AKP-Regierung zurückzuführen ist, sondern in erster Linie auf die fehlende Bereitschaft seitens der EU. Die EU zeigt zurzeit keinen konsequenten politischen Willen im Hinblick auf eine EU-Mitgliedschaft der Türkei. Die Gründe dafür sind unterschiedlich: die „Erweiterungsmüdigkeit“ der Union, der ungelöste Zypernkonflikt und die Ablehnung einer Mitgliedschaft der Türkei durch konservative Regierungen innerhalb der EU, die lediglich eine „privilegierte Partnerschaft“ der Türkei anstreben (vgl. Kramer 2007; Boettcher 2011).

Währenddessen sank der Anteil der türkischen Bevölkerung, der einen EU-Beitritt befürwortet, laut Eurobarometer von 71 Prozent im Jahr 2004 auf 50 Prozent im Jahr 2011. Im Moment herrscht eher das Gefühl vor, dass das „christliche“ Europa die „muslimische“ Türkei nicht in der EU haben möchte. Deshalb legt die AKP-Regierung ihren außenpolitischen Akzent nicht nur auf einen möglichen EU-Beitritt, sondern weitet ihre Außenpolitik auf andere Regionen wie den Kaukasus oder den Nahen und Mittleren Osten aus. Der Paradigmenwechsel in der türkischen Außenpolitik lässt sich so mithin auch

durch den Stillstand der EU-Beziehungen erklären.

Ankaras regionale Rolle im Nahen Osten

Infolge des Irakkriegs 2003 wurde der Nahe Osten erneut Brennpunkt der internationalen Politik, wobei sich die Machtkonstellationen veränderten und sich die regionalen Staaten politisch neu positionierten. Die Türkei verhielt sich aktiv und besetzte eine solide Rolle in der neuen geopolitischen Ordnung im Nahen Osten. Ankara begann, sich für die Herausbildung regionaler Stabilität zu engagieren und als Vermittler im Nahostkonflikt zu wirken (vgl. Altunışık 2008; Keyman 2009; Bank 2011). Die aus ihrer geopolitischen Lage und den kulturellen Gemeinsamkeiten resultierende Rolle vereinfachte es, die türkische Einflussnahme im arabischen Raum zu erweitern (vgl. Sözen 2010; Hale 2010). Im Rahmen ihrer „Null-Probleme-Politik“ suchte die Türkei nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Ländern, zu denen sie vormals angespannte Beziehungen hatte, und verbesserte somit ihre Außenbeziehungen in der Region (vgl. Hale 2010; Pope 2011). Währenddessen stärkte die Türkei ihre Position in der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC), wobei sie ihre Vermittlerrolle zwischen dem Westen und der islamischen Welt propagierte. Der türkische Ministerpräsident Erdoğan machte die islamische Welt auf die Armut oder strukturellen Probleme in ihren eigenen Ländern aufmerksam und forderte die reichen islamischen Länder dazu auf, „ihren armen Bruderstaaten“ zu helfen (Süddeutsche Zeitung vom 17.8.2011).

Die Interessen der Türkei im Nahen und Mittleren Osten richten sich zunächst auf die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Notwendigkeiten (Boettcher 2011, S. 14). Im Zuge der wachsenden Energienachfrage sowie der Suche nach neuen Märkten dehnte die AKP-Regierung die handels- und energiepolitische Zusammenarbeit mit den arabischen Ländern aus und prägte dementsprechend die türkische Außenpolitik (vgl. Öztürk 2009; International Crisis Group 2010). Die Türkei exportiert industrielle Produkte, Lebensmittel sowie Investitionsgüter und pflegt die wirtschaftlichen Beziehungen. Sichtbares Zeichen dieser wirtschaftlichen Beziehungen sind wechselseitige Staatsbesuche hochrangiger Politiker (Habibi/Walker 2011, S. 4f). Zugleich intensivierte die Türkei ihre Beziehungen zu den öl- und gasreichen Ländern der Region. Somit kann einerseits der eigene Energiebedarf gesichert, andererseits ein Energiekorridor für die europäischen

Märkte geschaffen werden (vgl. Kramer 2010b). Mit dem Wandel von einer ein-dimensionalen hin zu einer multidimensionalen Außenpolitik änderte die Türkei ihre Rolle vom „Peripheriestaat“ in den 1990er Jahren zu einem „Schlüsselstaat“ im Nahen Osten (vgl. Kramer 2010a; Bank 2011)

Im Vordergrund der Beziehungen zu Libyen und zum Iran steht die Erdgas- und Erdölversorgung. Zudem ist die türkische Bauindustrie in diesen Ländern tätig (vgl. Altunışık 2011a). Türkische Unternehmer beteiligen sich im Nordirak am Aufbau der Infrastruktur und betreiben immense Handelsgeschäfte (siehe Abbildung 1). Zudem baute Ankara mit dem ehemaligen „Erzrivalen“ Syrien wirtschaftliche Beziehungen aus, hob Visabeschränkungen auf und kanalisierte seine finanz- und handelspolitischen Interessen in Syrien (vgl. Kramer 2010; Pope 2011; Altunışık 2011b). Erklärtes Ziel der Türkei ist es, einen neuen Transitweg für einheimische Produkte in die reichen Golfmonarchien zu entwickeln (Bank 2011, S. 3). Diese wirtschaftlichen Beziehungen hatten auch Auswirkung auf die machtpolitischen Konstellationen in der Region. Die Türkei näherte sich Syrien, Irak und dem Iran auch aus sicherheitspolitischen Gründen an (vgl. Altunışık 2011a, S. 3). Mit Syrien und Irak richtete Ankara einen gemeinsamen strategischen Kooperationsrat ein. Dabei verfolgt Ankara einerseits, den terroristischen Aktivismus der kurdischen PKK in den Grenzgebieten zu beschränken, andererseits die gespannten Beziehungen zwischen Irak und Syrien wegen mutmaßlicher syrischer Aktivitäten in Bagdad zu mildern (Kramer 2010a, S. 14). Darüber hinaus spielte die Türkei zusammen mit Brasili-

en eine Vermittlerrolle bei den Verhandlungen über das umstrittene iranische Atomprogramm. Dank des nicht ständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat von 2009 bis 2010 konnte Ankara zwischen dem Iran und den westlichen Staaten vermitteln und dadurch verschärfte Sanktionen gegenüber dem Iran verhindern.

Während sich die Beziehungen zu den arabischen Ländern verbesserten, wurden die Verhältnisse mit dem langjährigen Verbündeten Israel erschüttert. Die Gründe dafür waren vielfältig. In erster Linie waren der Gazakrieg 2008 und die folgende verschärfte politische Rhetorik der AKP-Regierung dafür verantwortlich (vgl. Sözen 2010; Bank 2011). Ankara initiierte Friedensgespräche zwischen Israel und Syrien wegen des arabisch-israelischen Konflikts. Allerdings griff die israelische Armee den Gazastreifen an, wobei viele Zivilisten zu Tode kamen. Die Türkei war irritiert von der israelischen Haltung und stellte die Vermittlungsbemühungen ein. Ankara spitzte demnach den politischen Diskurs stark pro palästinensisch und antiisraelisch zu (vgl. Bank 2011, S. 3). Ministerpräsident Erdoğan traf den israelischen Präsidenten Schimon Peres in Davos im Januar 2009 und kritisierte scharf die israelische Politik im Gazastreifen. Den Tiefpunkt erreichten die Beziehungen der beiden Länder mit der „Mavi Marmara-Affäre“ im Mai 2010 (vgl. Bank 2011; Özpek 2011). Ein türkisches Schiff, das wegen eines Hilfseinsatzes nach Gaza gereist war, wurde von israelischen Soldaten aufgebracht, wobei neun türkische Zivilisten ums Leben kamen. Ankara hat als Konsequenz die diplomatischen Beziehungen zu Israel reduziert, und die israelische Re-

gierung lehnt eine Entschuldigung und Entschädigung der Opfer ab.

In der Gesamtschau betrachtet, konzentriert sich die türkische Nahostpolitik einerseits auf die enge wirtschaftliche Verflechtung mit dem Nahen und Mittleren Osten. Ankara wendet Soft-Power-Strategien innerhalb der Region an und propagiert ein „türkisches Modell“, das prowestliche und demokratische Strukturen mit einer mehrheitlich muslimischen Gesellschaft vereinbart (vgl. Altunışık 2008; Keyman 2009; Öztürk 2009). Allerdings steht das aktuelle türkisch-israelische Verhältnis in klarem Widerspruch zur „Null-Probleme-Politik“ mit den Nachbarstaaten der Region. Die sicherheitsstrategische Kooperation mit Israel in den 1990er Jahren wurde stattdessen durch eine sicherheitspolitische Koordination zwischen Ankara, Damaskus und Teheran ersetzt (vgl. International Crisis Group 2010). Das türkische Interesse an Wirtschaftskooperation, Handel und Investitionen im Nahen Osten setzt regionale Stabilität voraus. Deshalb entwickelte Ankara pragmatische Beziehungen zu autoritären Staaten, obwohl sie mit dem „türkischen Modell“ den Status quo in der Region in Frage stellte (Bank 2011, S. 4). Es lässt sich feststellen, dass die türkische Nahostpolitik unter der AKP in erster Linie auf wirtschaftlichem Pragmatismus basiert und sich multidimensional ausrichtet. Die sicherheitsfixierten Strategien in der Außenpolitik wurden durch wirtschaftspragmatische Ziele abgelöst.

Abbildung 1: Wirtschaftsbeziehungen der Türkei mit arabischen Ländern (in US-Dollar)



Quelle: Comtrade Data, STIC; aus Habibi und Walker 2011.

Das türkische Dilemma: die Reaktionen auf die arabischen Aufstände

Vor Ausbruch der arabischen Aufstände wies die türkische Nahostpolitik unter der AKP-Regierung durchaus Erfolge auf. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan war im Nahen Osten wegen seiner starken antiisraelischen Rhetorik und seines unabhängigen Verhaltens gegenüber dem Westen ein beliebter und einflussreicher Politiker. Zudem hatte die Türkei hervorragende wirtschaftliche Beziehungen mit arabischen Ländern wie Libyen und Syrien, aber auch mit dem Iran (vgl. Kramer 2010a; Altunışık 2011a). Jedoch wurde das türkische Regime unvorbereitet mit der Welle der arabischen Aufstände konfrontiert.

Erdoğan begrüßte zunächst die politischen Proteste in Tunesien und Ägypten im Namen von Demokratie und Frieden und wies mit Vorsicht auf notwendige

politische Reformen zur Demokratisierung dieser Länder hin. Er forderte friedliche Lösungen für die Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und der Armee in Ägypten; erst später forderte er Mubarak zum Rücktritt auf (vgl. Ulutaş 2011). Nach den Umbrüchen reiste Erdoğan in die nordafrikanischen Länder und unterstrich in öffentlichen Auftritten die Bedeutung des Säkularismus im zukünftigen Staatsaufbau. In einem Fernsehinterview sagte Erdoğan: „Ich hoffe auf einen laizistischen Staat in Ägypten.“ AKP-Politiker wie Präsident Abdullah Gül, Außenminister Davutoğlu oder Erdoğan bewarben das laizistische und demokratische System, die blühende Wirtschaft und religiös-kulturelle Authentizität des „türkischen Modells“ bei ihren arabischen Nachbarn (vgl. Altunışık 2008, S. 46; Bank 2011, S. 3).

Allerdings reagierte die türkische Regierung bei den eskalierenden Gewaltausbrüchen in Libyen viel vorsichtiger. Wegen der engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Präsenz zahlreicher türkischer Arbeiter und Unternehmer in Libyen plädierte Ankara zunächst für einen Waffenstillstand und sprach sich nicht gegen das libysche Regime unter al-Gaddafi aus (Altunışık 2011b). Die AKP befand sich jedoch in einem Dilemma: Sollte die Türkei wegen der wirtschaftlichen Verbundenheit das Regime unterstützen oder die politische Öffnung Libyens befürworten? Erst nach dem NATO-Einsatz und dem Erfolg der libyschen Rebellen rief Ankara Muammar al-Gaddafi zum Rücktritt auf. Erdoğan wurde im September 2011 vom Chef der Übergangsregierung, Mahmud Dschibril, herzlich empfangen. Dieser Besuch offenbarte ein deutliches Interesse an einer weiteren Zusammenarbeit mit Libyen.

Die größten Herausforderungen für die türkische Außenpolitik waren die Aufstände gegen das Assad-Regime in Syrien (vgl. Pope 2011, Altunışık 2011b). Die lange gemeinsame Grenze mit Syrien ist eine außenpolitische Herausforderung für Ankara, da sich jedes Geschehen in Syrien auf die türkische Politik auswirken kann (Pope 2011). Die „Null-Probleme-Politik“ konnte im syrischen Fall nicht so leicht praktiziert werden. Aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtungen und dem starken Interesse an einem stabilen Nachbarn befand sich Ankara erneut in einem Dilemma (Bank 2011, S. 6). Ankara musste Beeinträchtigungen der wirtschaftlichen Beziehungen und Flüchtlingsströme befürchten, andererseits hatte die türkische Regierung Bedenken wegen der PKK, da die Kurden in einem möglichen Bürgerkrieg ihre eigene Wege gehen könnten (vgl. Altunışık 2011b; Yılmaz/

Üstün 2011). Deshalb entwickelte Ankara eine zwiespältige politische Haltung gegenüber Syrien. Zum einen versuchte die AKP, den syrischen Präsidenten Bashar al-Asad zu politischen Reformen zu überreden, zum anderen unterstützte Ankara die syrische Opposition, indem mehrere Treffen syrischer Oppositioneller in der Türkei zugelassen wurden (vgl. Yılmaz/Üstün 2011). Nach dem Scheitern der mehrfachen und wiederholten Vermittlungsversuche mit dem syrischen Regime fordert Ankara, wie die westlichen Staaten, nun offiziell einen Regimewechsel in Syrien. Ministerpräsident Erdoğan sagte in einer AKP-Sitzung: „Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden und Frieden für das syrische Volk zu ermöglichen, muss Asad die Macht abgeben“. Die syrisch-türkische Freundschaft wurde somit beendet.

Zusammenfassung und Ausblick

Trotz der wechselhaften Positionierung gegenüber den arabischen Regimen während der Umbruchprozesse passte sich die türkische Nahostpolitik in hohem Maße an die nicht berechenbare Lage an (Bank 2011, S. 7). Dies stärkte einmal mehr die Schlüsselposition der Türkei im Nahen Osten. Ob die außenpolitische Annäherung der AKP an die islamische Welt auch mit ihrem eigenen Hintergrund als religiös geprägte Partei, die die Türkei islamisieren möchte, zusammenhängt, lässt sich nicht letztgültig erklären. Jedenfalls ist dies nicht die entscheidende Erklärung für den außenpolitischen Wandel. Stattdessen gibt es drei wichtige Erklärungsfaktoren für den außenpolitischen Kurswechsel: (1) die wirtschaftlichen Interessen Ankaras, (2) das Stagnieren der EU-Beitrittsverhandlungen sowie (3) die kulturelle und geographische Nähe zu den muslimischen Staaten. Im Gesamten betrachtet, wurde die sicherheitsfixierte Ausrichtung der türkischen Außenpolitik um die wirtschaftliche Dimension ergänzt.

Wie zahlreiche türkische und internationale Beobachter berichten, verleiht das Streben nach einer Führungsrolle in der nahöstlichen Region der AKP-Regierung ein steigendes Selbstbewusstsein, produziert jedoch gleichzeitig eine gefährliche Arroganz (vgl. Çandar 2011). Nach dem Stagnieren der EU-Breitungsverhandlungen fehlt eine von außen kommende Kritik an der türkischen Politik, was zu einer weiteren Stärkung des politischen Selbstbewusstseins der AKP führt.

Zur gleichen Zeit schwächen aktuelle ethnische und politische Krisen in der Türkei deren Vorbildfunktion und gefährden die neue Führungsrolle in der

nahöstlichen Region. Die AKP-Regierung lässt grenzüberschreitende militärische Operationen im Nordirak durchführen, um die kurdischen Autonomiebestrebungen zu bekämpfen. Diese Strategie hat in den letzten dreißig Jahren nicht funktioniert und brachte keine effektive Lösung der kurdischen Frage. Trotz einer Annäherung und Befriedung des türkisch-kurdischen Konflikts zu Beginn der AKP-Regierungszeit – von der türkischen Öffentlichkeit als „demokratische Öffnung“ bezeichnet – bleibt die kurdische Frage weiterhin ungelöst. Vorschläge der demokratischen Zivilgesellschaft für eine friedliche Lösung der Kurdenproblematik wurden von der AKP zurückgewiesen bzw. ignoriert. Kurdische Aktivisten und Politiker wurden wie bereits in den 1990er Jahren massenhaft verhaftet und vor Gericht gestellt¹³. Die außenpolitischen Friedensbestrebungen und das Proklamieren demokratischer Werte durch hochrangige Regierungsvertreter verschleiern das undemokratische Verhalten der AKP in der Innenpolitik. Deshalb ist es fragwürdig, ob die Türkei, die mit eigenen innenpolitischen Konflikten repressiv umgeht, Modell oder Vorbild für die sich in einem Transformationsprozess befindenden arabischen Länder sein kann. Türkische und internationale Beobachter konstatieren, dass die innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei eher auf einen „türkischen Herbst“ hinweisen, während die arabische Welt den „Frühling feiert“ (vgl. Çandar 2011; Özpek 2011). Die Türkei kann daher nur sehr bedingt ein Vorbild für die im Fokus stehenden arabischen Länder, die sehr dauerhafte autoritäre Regime beiheimateten, abgeben.

LITERATUR

- Akçakoca, Amanda (2009): Turkish Foreign Policy – Between East and West? European Policy Center (EPC), Policy-Brief (Oktober 2009). Brüssel.
- Altunışık, Meliha (2011a): Challenges to Turkey's Soft Power in the Middle East. TESEV Foreign Policy Programme (Juni 2011). Istanbul.
- Altunışık, Meliha (2011b): Zurück nach Amerika in der türkischen Außenpolitik. In: Die ZEIT Online vom 30.08.2011; unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-08/tuerkei-syrien-usa> [Zugriff am 3.12.2011].
- Altunışık, Meliha (2008): The Possibilities and Limits to Turkey's Soft Power in the Middle East. In: Insight Turkey, 10, Heft 2/2008, S. 41–54.
- Bank, André (2011): Die Türkei und die arabische Revolte: Regionalpolitischer Auf- oder Abstieg? German Institute of Global Area Studies (GIGA), Focus Nr. 9. Hamburg.
- Barkey, Henri J. (2000): The Struggle of a „Strong“ State. In: Journal of International Affairs, 53, Heft 1/2000, S. 87–105.
- Boettcher, Alexander (2011): Konstanten und Bestimmungsfaktoren türkischer Außen- und Sicherheitspolitik im Wandel. Eine Analyse mithilfe Putnams ‚two-level Game‘. Netzwerk Türkei, Working Paper Nr. 10. Jena.
- Çandar, Cengiz (2011): Arap Bahari, Türkiye Sonbari'na dönüsür mü? In: Radikal Online vom

11.11.2011; unter: <http://www.radikal.com.tr/Default.aspx?aType=RadikalYazar&ArticleID=1069159&Date=12.11.2011&CategoryID=97> [Zugriff am 13.11.2011].

Hale, William (2010): Turkish Foreign Policy and the Middle East: Explanations, Assessments and Questions. Damaskus.

Heper, Metin/Güney, Aylin (1996): The Military and Democracy in the Third Turkish Republic. In: *Armed Forces and Society*, 22, Heft 4/1996, S. 630–658.

International Crisis Group (2010): Europe Report No. 203. Turkey and the Middle East: Ambitions and Constraints.

Kalaycıoğlu, Ersin (2005): *Turkish Dynamics. Bridge Across Troubled Lands*. New York.

Kramer, Heinz (2010a): AKP's new Foreign Policy Between Vision and Pragmatism. SWP Working Paper FG 2 (Juni 2010). Berlin.

Kramer, Heinz (2010b): Die Türkei als Energiedrehscheibe. Wunschtraum und Wirklichkeit. SWP Studie Nr. 9 (April 2010). Berlin.

Kramer, Heinz (2007): Die Türkei im EU-Beitrittsprozess: Mehr Krisen als Fortschritte. SWP Diskussionspapier FG 2 (Juni 2007). Berlin.

Kirişçi, Kemal (2006): Turkey's Foreign Policy in Turbulent Times. Institute for Security Studies, European Union, Chaillot Paper Nr. 92. Paris.

Keyman, Fuat (2010): Modernization, Globalization and Democratization in Turkey. In: *Constellations*, 2/2010, S. 312–328.

Keyman, Fuat E. (2009): Turkish Foreign Policy in the Era of Global Turmoil. SETA Policy Brief Nr. 39, S. 3–15.

Larrabee, F. Stephen/Lesser Ian O. (2003): *Turkish Foreign Policy in an Age of Uncertainty*. RAND National Security Research Institute, Center for Middle East Public Policy, Issue 1612.

Linz, Juan J./Stepan Alfred (1996): Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe. Baltimore and London.

Merkel, Wolfgang (1999): Defekte Demokratien. In: Merkel, Wolfgang/Busch, Andreas (Hrsg.): *Demokratie in Ost und West*. Für Klaus von Beyme. Frankfurt/M., S. 361–380.

Müftüler-Baç, Meltem (2005): Turkey's Political Reforms and the Impact of the European Union. In: *South European Society and Politics*, 10, Heft 1/2005, S. 17–31.

Nye, Joseph S. (1990): *Bound to Lead: The Changing Nature of American Power*. New York.

Oniş, Ziya (2009): Conservative Globalism at the Crossroads: The Justice and Development Party and the Thorny Path to Democratic Consolidation in Turkey. In: *Mediterranean Politics*, 14, Heft 1/2009, S. 21–40.

Oniş, Ziya/Bayram Ismail Emre (2008): Temporary Star or Emerging Tiger? Turkey's Recent Economic Performance in a Global Setting. In: *New Perspectives on Turkey* Nr. 39, S. 47–82.

Özbudun, Ergun (2000): *Contemporary Turkish Politics: Challenges to Democratic Consolidation*. London.

Özpek, Burak Bilgehan (2011): 'Arab Spring' or 'Turkish Winter'? In: *Near East Quarterly Online*; unter: <http://www.neareastquarterly.com/index.php/2011/09/07/arab-spring-or-turkish-winter/> [Zugriff am 06.12.2011].

Öztürk, Asiye (2009): Der innenpolitische Kontext des außenpolitischen Wandels der Türkei. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Discussion Paper 5. Bonn.

Pope, Hugh (2011): The 'Turkish Model' and the Middle East. In: *International Crisis Group, Transatlantic Academy*, 13.05.2011; unter: <http://www.crisisgroup.org/en/regions/europe/turkey-cyprus/pope/the-turkey-model-and-the-middle-east.aspx> [Zugriff am 05.12.2011].

Poulton, Hugh (1999): The Turkish State and Democracy. In: *The International Spectator*, 1/1999, S. 47–62.

Putnam, Robert (1988): Diplomacy and Domestic Politics. The Logic of Two-Level Games. In: *International Organizations*, 43, Heft 3/1988, S. 427–460.

Sözen, Ahmet (2010): A Paradigm Shift in Turkish Foreign Policy: Transition and Challenges. In: *Turkish Studies*, 1/2010, S. 103–123.

Süddeutsche Zeitung Online (2011): Islamische Staaten wollen Somalia helfen (17.8.2011); unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/hungerkatastrophe-in-ostafrika-islamische-staaten-versprechen-millionenhilfe-fuer-somalia-1.132204> [Zugriff am 15.12.2011].

Taşpınar, Ömer (2008): Turkey's Middle East Policies. Between Neo-Ottomanism and Kemalism. Carnegie Paper Nr. 10. Carnegie Endowment for International Peace, Washington.

Ulutaş, Ufuk (2011): Mübarek Son Kozlarını Oynuyor; unter: <http://yeniturkiye.spacesheep.net/yeni-dunya/35/mubarek-son-kozlarini-oyuyor> [Zugriff am 05.12.2011].

Ülgen, Sinan (2010): A Place in the Sun or Fifteen Minutes of Fame? Understanding Turkey's new Foreign Policy. Carnegie Paper, December 2010. Washington.

Yılmaz, Nuh/Üstün, Kadir (2011): Turkey's Policy Towards Syria. In: *Al Jazeera Opinion* vom 07.10.2011; unter: <http://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2011/09/2011092914823163510.html> [Zugriff am 06.12.2011].

ANMERKUNGEN

- 1 Ich bedanke mich bei Annica Starke, Max Mutschler und Mirjam Edel für die Korrekturen und Kommentare sowie bei Oliver Schlumberger und den Teilnehmern des Tübinger Forschungsforums Moderner Orient für ihre wertvollen Anregungen.
- 2 Der Wissenschaftler Robert Putnam stellt einen Zwei-Ebenen-Ansatz (Two-level game) dar, der eine theoretische Verbindung zwischen der internationalen und innenpolitischen Ebene herstellt. Dabei beschreibt er die Interaktionen von Staaten in internationalen Verhandlungen sowie den Einfluss der innenpolitischen Akteure, die das staatliche Handeln bestimmen. Siehe dazu Putnam, Robert (1988): *Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-level Games*. In: *International Organizations*, 3/1988, S. 427–460.
- 3 Der Vertrag von Sèvres vom 10. August 1920 hatte die Aufteilung des Osmanischen Reiches



UNSERE AUTORIN

Hürcan Asli Aksoy studierte Politikwissenschaft und Philosophie in Tübingen und Istanbul. Sie ist Doktorandin und Lehrbeauftragte am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen, Arbeitsbereich Vorderer Orient und Vergleichende Politikwissenschaft. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte sind: Demokratisierung, die Rolle der Zivilgesellschaft in Transformationsprozessen, Demokratisierung und Zivilgesellschaft in der Türkei, Frauenbewegungen im Nahen Osten.

unter den Gewinnern des Ersten Weltkriegs zum Ziel. Der Vertrag wurde jedoch von der Regierung Mustafa Kemals in Ankara nicht anerkannt. Die Unterzeichner dieses Vertrags wurden zu Verrätern erklärt. Der Vertrag von Sèvres wurde mit dem Vertrag von Lausanne (24. Juli 1922) zugunsten der Türkei revidiert.

4 Die kemalistische Elite betrachtete den politischen Islam (Bedrohung der laizistischen Ordnung) und die kurdischen Autonomiebestrebungen bzw. den kurdischen Separatismus als Gefahr für die Integrität der türkischen Nation.

5 Zu den Turkstaaten zählen die turksprachigen Republiken von Kasachstan, Turkmenistan, Kirgisistan, Usbekistan und auch Aserbaidschan.

6 Der Nationale Sicherheitsrat wurde von der Militärregierung in der Verfassung von 1961 als Staatsorgan festgeschrieben. Der Rat hatte eine empfehlende und beratende Rolle in Bezug auf die sicherheitspolitischen Angelegenheiten, welche von der politischen Macht implementiert werden sollten. Dennoch hat der politische Einfluss des Nationalen Sicherheitsrates durch die EU-Anpassungsreformen in den 2000er Jahren stark abgenommen.

7 Nach den Kopenhagener Kriterien sollen die Beitrittskandidaten die institutionelle und wirtschaftliche Stabilität sowie die demokratische Ordnung (vor allem Rechtsstaatlichkeit) aufrechterhalten, Menschenrechte und individuelle Freiheiten sowie Minderheitenrechte schützen.

8 Änderungen im Anti-Terror-Gesetz und im Nationalen Sicherheitsrat, Anerkennung der supranationalen Verträge, Veränderungen beim Hören Rundfunk- und Fernsehertätigkeit und dadurch mehr Pressefreiheit sowie die Abschaffung der Staatssicherheitsgerichte sind nur einige von den durchgeführten Reformen. Für detaillierte Information siehe: Müftüler-Baç 2005; Kalaycıoğlu 2005.

9 Im September 2010 wurde über eine weitere umstrittene Verfassungsreform per Referendum abgestimmt.

10 Die Soft-Power-Diplomatie in den internationalen Beziehungen ist – im Gegensatz zur Hard-Power-Strategien – eine Art von politischer Machtausübung, bei der politische Akteure durch kulturelle Attraktivität, durch Ideologie und auch mit Hilfe internationaler Institutionen beeinflusst werden, ohne dass militärische Bedrohungen oder wirtschaftliche Anreize eingesetzt werden. Siehe dazu: Nye, Joseph S. (1990): *Bound to Lead: The Changing Nature of American Power*. New York.

11 Defekte Demokratie bildet einen Subtyp der Demokratie, die signifikante Einschränkungen der wesentlichen Kriterien einer Demokratie aufweist (z. B. Mangel an politischen und bürgerlichen Rechten, unbalancierte Gewaltkontrolle, fehlende Rechtsstaatlichkeit). Siehe dazu: Merkel, Wolfgang (1999): *Defekte Demokratien*. In: Merkel, Wolfgang/Busch, Andreas (Hrsg.): *Demokratie in Ost und West*. Für Klaus von Beyme. Frankfurt/M., S. 361–380.

12 Konsolidierung ist ein umstrittener Begriff in der politikwissenschaftlichen Demokratietheorie. Zahlreiche Wissenschaftler sind sich einig, dass der Begriff zunächst eine Verfestigung der demokratischen Regeln und Strukturen eines politischen Systems bezeichnet. Dennoch variiert der Gehalt der Definition. Siehe dazu: Linz, Juan J./Stepan Alfred (1996): *Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*. Baltimore and London.

13 Seit dem Frühjahr 2009 wurden 3.894 kurdische Aktivisten und Politiker der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) festgenommen.